



Protokoll der 36. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	20. November 2024
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10.15 bis 14.45 Uhr

Aktenzeichen: 924-3722/4/2

Vorsitz:	Barbara Studer Immenhauser	Präsidentin Staatsarchivarin des Kantons Bern
Mitglieder:	Claude Béguelin	Arzt, Psychiater/Kinderpsychiater
	Thomas Gall	Stv. Geschäftsleiter der Opferhilfe beider Basel
	Jasmin Stern	Beraterin bei der Opferhilfe/Anlaufstelle Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Heinz Kräuchi	Betroffener
	Theresia Rohr	Betroffene
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Marcel Setz	Betroffener
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Stv. Leiterin Fachbereich FSZM / Kommissionssekretärin



1 Begrüssung und Mitteilungen

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission. Ebenfalls anwesend sind Laura Lämmli (seit Frühjahr 2024 Assistentin beim Projekt Valorisierung der Forschungsergebnisse) und Agnesa Limani (Lernende beim Fachbereich FSZM von August 2024 bis Januar 2025).

Die von Frau Susanne Kuster, Stv. Direktorin des BJ, geplante Begrüssung der Kommissionsmitglieder muss leider erneut verschoben werden.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 29. Mai 2024 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor 3 Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Die Präsidentin informiert, dass sie vor einer Woche als Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) zurückgetreten ist. Als Nachfolger wurde Ernst Guggisberg, Staatsarchivar im Kanton Zug, gewählt.

Reto Brand informiert über die parlamentarische Initiative 23.472 der Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) betreffend die Behandlung von kantonalen oder kommunalen Solidaritätsbeiträgen gemäss AFZFG¹. Damit soll die aktuell in Art. 4 Abs. 6 AFZFG vorgesehene privilegierte Behandlung des Solidaritätsbetrages in steuer-, betriebs-, sozialhilfe- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht neu auch für allfällige kantonale oder kommunale Solidaritätsbeiträge gelten. Gleichzeitig wird in Art. 4 Abs. 6 AFZFG auch der Grundsatz verankert, wonach der Solidaritätsbeitrag auch Opfern, für welche eine Beistandschaft oder eine andere Erwachsenenschutzrechtliche Massnahme besteht, möglichst zur freien Verfügung stehen soll. Sowohl National- als auch Ständerat haben in der Schlussabstimmung vom 27. September 2024 die vorgeschlagene Gesetzesrevision ohne Gegenstimmen angenommen. Wird kein Referendum ergriffen, wird die Gesetzesänderung voraussichtlich am 1. Februar 2025 in Kraft treten. Mehr dazu siehe www.parlament.ch > Ratsbetrieb > Curia vista (Suche mit Stichwort „23.472“).

Im Weiteren informiert Reto Brand über den Abschluss des NFP 76 „Fürsorge und Zwang“. Das NFP 76 muss bezüglich seines Abschlusses via Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung Bericht (WBF) erstatten. Erst anschliessend wird der Bundesrat offiziell dazu Stellung nehmen können. Dies wird im Verlaufe des Jahres 2025 der Fall sein.

Reto Brand informiert über einen weiteren Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts: Am 2. Juli 2024 wurde die Beschwerde einer Frau abgewiesen, welche in den 1970er Jahren in einem durch das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) geführten Tibeter- bzw. Flüchtlingsheim untergebracht war und dort schwere Integritätsverletzungen erlitten hatte (u.a. sexuelle Übergriffe durch Mitbewohner). Das Gericht hat die Auffassung des BJ bestätigt, dass die geltend gemachten Beeinträchtigungen nicht im Rahmen einer fürsorgerischen Zwangsmassnahme oder Fremdplatzierung vor 1981 erfolgt seien. Im Übrigen wurde die Beschwerdeführerin auf den Weg der Staatshaftungsklage verwiesen.

Reto Brand weist schliesslich darauf hin, dass am 26. Januar 2024 im Europarat die Resolution 2533 zum sexuellen Missbrauch an Kindern in den Institutionen Europas angenommen wurde. Darin werden die Mitgliedstaaten des Europarates zur Aufarbeitung dieser Thematik aufgefordert. Im Bericht dazu wird der Aufarbeitungsprozess zu den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz als gutes Beispiel für die Aufarbeitung

¹ Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR. 211.223.13).

angeführt. Am 6. Dezember 2024 findet dazu in Stasbourg eine Konferenz statt. Susanne Kuster, Stv. Direktorin des BJ, und Bundesrat Beat Jans werden eine Rede halten.

Im Weiteren erwähnt Reto Brand, dass das BJ am 22. November 2024 eine interdisziplinäre Tagung organisiert zum Thema «Von der Geschichte in die Zukunft: die Bedeutung von Akten für ausserfamiliär untergebrachte Kinder». Der Austausch hat zum Ziel, historische Erkenntnisse für die gegenwärtige und zukünftige Praxis im Umgang mit Akten zu reflektieren, insbesondere auch unter Einbezug der Kinderrechte.

2 Diskussion von Einzelfalldossiers

2.1 Fall aus früherer Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission in einem Fall keine klare Empfehlung abgegeben. Der Fachbereich FSZM informiert nun, dass er dieses Gesuch nochmals geprüft und schliesslich gutgeheissen habe. Die entsprechende Verfügung und Auszahlung des Solidaritätsbeitrages seien bereits erfolgt.

2.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

2.2.1 Die Präsidentin stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste Mai 2024 total 24 Fälle, mit der Monatsliste Juni 2024 total 29 Fälle, mit der Monatsliste Juli 2024 total 32 Fälle, mit der Monatsliste August 2024 total 25 Fälle, mit der Monatsliste September 2024 total 40 Fälle und mit der Monatsliste Oktober 2024 total 28 Fälle unterbreitet worden sind, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Seitens der Kommissionsmitglieder gab es dazu jeweils keine Einwände und die entsprechenden Gutheissungsverfügungen wurden durch den Fachbereich FSZM danach versendet.

2.2.2 Mit den Monatslisten Mai, Juli und Oktober 2024 wurden den Kommissionsmitgliedern zudem je 1 Fall unterbreitet, bei dem der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das Gesuch als offensichtlich unbegründet erachtet wurde. In den Monaten Juni, August und September 2024 gab es keine solche Fälle.

Von den Kommissionsmitgliedern gingen innert Frist keine Einwände ein, weshalb die drei Abweisungsverfügungen durch den Fachbereich FSZM versendet wurden.

2.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 16 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet. In 6 Fällen schlägt der Fachbereich FSZM eine Abweisung vor. 8 Fällen sind als Grenzfälle zu diskutieren. Zudem sieht der Fachbereich FSZM in 2 weiteren Fällen zwar eine Gutheissung vor, unterbreitet diese Fälle aber aufgrund ihrer speziellen Thematik ebenfalls der beratenden Kommission, damit sich diese dazu eine Meinung bilden und Stellung nehmen kann. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 6 Gesuche gutzuheissen und 9 Gesuche abzuweisen. In einem Fall wird gewünscht, dass der Fachbereich FSZM noch Zusatzabklärungen zur geltend gemachten Beinträchtigung macht.

3 Orientierung des Fachbereichs FSZM über den aktuellen Stand der Selbsthilfeprojekte und des Projekts Valorisierung der Forschungsergebnisse

3.1 Selbsthilfeprojekte

Im Sommer 2024 wurde dem vom Umfang her grössten Selbsthilfeprojekt «Erzählbistro» (Trägerschaft: Verein Austausch – Echange) für eine weitere Laufzeit (Sommer 2024 - Sommer 2027) eine Finanzhilfe zugesprochen. In der neuen Projektlaufzeit soll insbesondere die Anzahl der Erzählbistroveranstaltungen erhöht werden und es sollen vermehrt auch in der Westschweiz und im Tessin Veranstaltungen stattfinden, um möglichst vielen Betroffenen eine Teilnahme zu ermöglichen. Nebst den klassischen Erzählbistros sollen Betroffene mithilfe von Malateliers, Podcasts oder auch Fotoportraits die Möglichkeit haben, «Spuren» zu hinterlassen.

Weiter wird voraussichtlich anfangs 2025 das Selbsthilfeprojekt «Enfance volée en Suisse» (un film, un témoin) der «Association Agir pour la dignité (APLD)» starten. In der Romandie sollen zwölf hochwertig produzierte Videoportraits von betroffenen Personen entstehen. Zusätzlich sollen drei Portraits im Format «réalité augmentée» entstehen und insbesondere bei Schulbesuchen von Betroffenen in der Romandie eingesetzt werden. Die entstandenen Videoportraits sollen zudem an einer Schlussvernissage der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Theresia Rohr weist darauf hin, dass das Erzählbistro am 3. Mai 2025 eine Veranstaltung durchführen wird, welche den Lebensgeschichten gewidmet sein wird, die von einzelnen Betroffenen in Buchform niedergeschrieben wurden.

3.2 Valorisierung der Forschungsergebnisse

Laura Lämmli präsentiert den Mitgliedern der beratenden Kommission kurz den Stand der Arbeiten:

Die Umsetzung des Programms des BJ zur Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) der Ergebnisse der Aufarbeitung der FSZM läuft neu unter dem Titel «erinnern für morgen». Es gibt die Möglichkeit sich für ein Infomailing zum Programm anzumelden unter erinnernfuermorgen@bj.admin.ch.

Seit Mai 2024 gibt es folgende Updates: Das Online-Lehrmittel der UEK (2019) wurde von der PH Bern weiterentwickelt, die Inhalte mit thematischen Dossiers sind seit diesem September auf Französisch und Italienisch verfügbar. Finanzhilfen für Vermittlungsprojekte Dritter laufen nach wie vor gut und es werden laufend neue Gesuche eingereicht. Zum Thema Weiterbildung in der Praxis wird zurzeit eine Bestandsaufnahme und Bedürfnisanalyse erstellt. Anfang November wurde eine 1. Sitzung des Beirates Valorisierung durchgeführt (Beirat für die Projektoberleitung mit Vertretern der Opfer, der Kantone und Institutionen sowie der Forschung).

Ausblick 2025: Am 23. Januar 2025 wird die neue Lern-App «Fürsorge - Zwang» im Landesmuseum Zürich mit einer öffentlichen Vernissage lanciert (Infos und Programm folgen). Die Wanderausstellung startet am 30. Oktober 2025 im Musée Historique Lausanne. Anschließend macht sie bis Frühjahr 2028 in allen Regionen der Schweiz halt: Museum Luzern, Museum zu Allerheiligen Schaffhausen, Castelgrande Bellinzona und zum Abschluss im Kornhausforum Bern. Im Herbst 2025 wird zudem die nationale Webplattform aufgeschaltet.

4 Verschiedenes

Im nächsten Jahr werden wiederum 4 Sitzungen (im Februar, Mai, August und November)

stattfinden. Die Sitzungsdaten werden mittels einer Doodle-Umfrage festgelegt.

Ausblick: Anfangs nächstes Jahr wird die Präsidentin in Zusammenarbeit mit dem Kommissionssekretariat den Tätigkeitsbericht der beratenden Kommission für die Jahre 2023 und 2024 erstellen. Dieser wird dann von der beratenden Kommission anlässlich der nächsten Sitzung zu verabschieden sein.

Die Präsidentin dankt den Kommissionsmitgliedern für die rege Beteiligung an den Diskussionen und für ihr Engagement und schliesst die Sitzung um 14.45 Uhr.



Procès-verbal de la 36^e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date :	20 novembre 2024
Lieu :	Office fédéral de la justice, Berne
Heure :	10h15 à 14h45

N° de dossier : 924-3722/4/2

Présidence :	Barbara Studer Immenhauser	Présidente Archiviste cantonale du canton de Berne
Membres :	Claude Béguelin	Médecin, psychiatre/pédopsychiatre
	Thomas Gall	Secrétaire adjoint de l'association d'aide aux victimes des deux Bâle
	Jasmin Stern	Conseillère auprès du centre d'aide aux victimes du Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Heinz Kräuchi	Personne concernée
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Marcel Setz	Personne concernée
Ex officio:	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal:	Simone Anrig	OFJ / suppléante du chef de l'unité MCFA / secrétaire de commission



1 Salutations et communications

La présidente ouvre la séance à 10h15 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative. Sont également présentes : Laura Lämmli (assistante du projet de valorisation des résultats de recherche, depuis le printemps 2024) et Agnesa Limani (apprenante auprès de l'unité MCFA, d'août 2024 à janvier 2025).

Elle indique que Susanne Kuster, directrice suppléante de l'OFJ, doit malheureusement encore une fois repousser la rencontre prévue avec les membres de la commission.

Le procès-verbal de la séance précédente, qui s'est tenue le 29 mai 2024, a déjà été approuvé. La présidente remercie la rédactrice.

Les documents du jour ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ trois semaines. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

La présidente informe qu'elle a démissionné il y a une semaine du poste de présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA). Ernst Guggisberg, archiviste cantonal du canton de Zoug, est le nouveau président.

Reto Brand fournit des informations sur l'initiative parlementaire 23.472 de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-N) concernant le traitement des contributions de solidarité cantonales ou communales selon la LMCFA¹. Elle vise à étendre aux contributions de solidarité cantonales ou communales le traitement privilégié dont bénéficie la contribution de solidarité fédérale sous l'angle du droit fiscal et du droit de la poursuite ainsi que du droit en matière d'aide sociale et d'assurances sociales conformément à l'art. 4, al. 6, LMCFA. Parallèlement, le principe selon lequel la contribution de solidarité devrait être le plus possible à la libre disposition du bénéficiaire, même s'il fait l'objet d'une curatelle ou d'une autre mesure de protection de l'adulte, sera également inscrit à l'art. 4, al. 6, LMCFA. Tant le Conseil national que le Conseil des États ont adopté à l'unanimité la révision de la LMCFA le 27 septembre 2024, lors du vote final. S'il n'y a pas de référendum, la modification pourra entrer en vigueur le 1^{er} février 2025. Vous obtiendrez des informations supplémentaires sur la révision sur le site du Parlement www.parlement.ch > Travail parlementaire > Curia vista (recherche à l'aide du numéro de l'objet : 23.472).

Reto Brand rappelle également que le PNR 76 « Assistance et coercition » a pris fin. Un rapport de clôture doit encore être adressé au Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche (DEFR) par l'intermédiaire du Secrétariat d'État à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI). Ce n'est qu'après que le Conseil fédéral prendra officiellement position, soit dans le courant de 2025.

Reto Brand informe également sur un arrêt que le Tribunal administratif a rendu le 2 juillet 2024 : le tribunal a rejeté le recours d'une femme qui a été placée par la Croix-Rouge suisse dans les années 1970 dans un foyer de réfugiés tibétains et qui y a subi de graves violations de son intégrité (notamment des abus sexuels). Le tribunal a confirmé l'avis de l'OFJ, selon lequel les atteintes subies n'ont pas eu lieu dans le cadre d'une mesure de coercition à des fins d'assistance ni d'un placement extrafamilial antérieur à 1981. Il a indiqué à la recourante qu'elle pouvait tenter une action en responsabilité de l'État.

Reto Brand souligne que le Conseil de l'Europe a adopté le 26 janvier 2024 la résolution 2533 sur la maltraitance des enfants dans les institutions en Europe, qui encourage les États membres à s'atteler à cette problématique. La manière dont la Suisse a agi en matière de MCFA est mentionnée dans le rapport relatif à la résolution comme un exemple de bonne pratique. Le 6 décembre 2024, une conférence aura lieu à Strasbourg sur le sujet, au cours

¹ Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA ; RS 211.223.13)

de laquelle le conseiller fédéral Beat Jans et Susanne Kuster prononceront tous deux un discours.

Pour finir, Reto Brand mentionne que l'OFJ organisera, le 22 novembre 2024, un colloque interdisciplinaire consacrée au thème « De l'histoire à l'avenir : entre signification et implication des dossiers d'enfants placés en institution ». Il aura pour objectif de mener une réflexion sur les conclusions à tirer de faits passés sur la pratique actuelle et future en lien avec les dossiers (d'archive), en tenant compte en particulier des droits de l'enfant.

2 Discussion des dossiers individuels

2.1 Cas abordés lors de la séance précédente

Lors de la séance précédente, la commission n'a pas fait de recommandation tranchée dans un cas. L'unité MCFA informe qu'elle a examiné une nouvelle fois la demande et l'a approuvée. La décision a déjà été communiquée et le versement de la contribution de solidarité a été effectué.

2.2 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

2.2.1 La présidente fait état du nombre de cas que l'unité MCFA envisage d'approuver qui ont été soumis à la commission depuis la dernière séance par listes mensuelles : 24 cas en mai, 29 cas en juin, 32 cas en juillet, 25 cas en août, 40 cas en septembre et 28 cas en octobre.

Les membres de la commission n'ont pas formulé d'objections et l'unité MCFA a déjà envoyé les décisions d'approbation.

2.2.2 Sur les listes mensuelles de mai, juillet et octobre 2024 figuraient en outre à chaque fois un cas que l'unité MCFA proposait de rejeter, jugeant les demandes infondées. Il n'y avait pas de cas de ce type en juin, août et septembre 2024.

Les membres de la commission n'ayant pas fait part d'objections dans le délai imparti, l'unité MCFA a procédé à l'envoi des trois décisions de rejet.

2.3 Nouveaux cas

Pour la séance du jour, l'unité MCFA a soumis 16 nouvelles demandes pour avis à la commission, proposant d'en rejeter 6 et d'examiner plus avant 8 cas limites. L'unité propose d'approuver 2 demandes, mais les soumet à la commission en raison de leur thématique particulière, pour que cette dernière puisse se forger une opinion et prendre position. Après discussion approfondie de chaque cas, la commission propose d'approuver 6 demandes et d'en rejeter 9. Dans un cas, elle souhaite que l'unité MCFA mène des investigations supplémentaires sur l'atteinte subie.

3 Information de l'unité MCFA sur l'état des projets d'entraide et du projet de valorisation des résultats de la recherche

3.1 Projets d'entraide

En été 2024, une aide financière pour une période supplémentaire (été 2024 – été 2027) a été octroyée aux « Bistrots d'échange », qui est le projet d'entraide le plus important quant à son envergure (organe responsable : association Austausch – Échange). Au cours de la nouvelle période, il y aura davantage de manifestations organisées par les Bistrots d'échange, également en Suisse romande et au Tessin, pour permettre au plus grand nombre possible

de personnes concernées de participer. En plus des bistrots d'échange classiques, ces dernières auront notamment la possibilité de participer à des ateliers de peinture, à enregistrer des podcasts et à réaliser des portraits photo.

Le projet d'entraide « Enfance volée en Suisse » (un film, un témoin) de l'Association Agir pour la dignité (APLD) devrait être lancé début 2025. Douze portraits vidéo de personnes concernées seront produits en Suisse romande. Trois portraits en réalité augmentée seront également conçus : ils sont destinés en particulier aux visites de classes effectuées par des personnes concernées en Suisse romande. Les portraits vidéo seront en outre présentés au public lors d'un vernissage.

Theresia Rohr informe que le Bistrot d'échange du 3 mai 2025 sera consacré aux « histoires de vie » de personnes concernées qui ont raconté leur vécu dans des livres.

3.2 Valorisation des résultats de la recherche

Laura Lämmli présente brièvement l'état d'avancement des travaux aux membres de la commission :

La mise en œuvre du programme de l'OFJ sur la diffusion et l'utilisation (valorisation) des résultats de l'étude sur les MCFA porte le titre « se souvenir pour l'avenir ». On peut s'inscrire pour recevoir la newsletter sur le programme en écrivant à l'adresse erinnernfuermorgen@bj.admin.ch.

Mise à jour depuis mai 2024 : l'outil didactique en ligne de la CIE (2019) a été peaufiné par la Haute école pédagogique de Berne. Les contenus des dossiers thématiques sont disponibles depuis septembre en français et en italien. Les aides financières pour les projets de médiation sont très demandées, de nouveaux projets étant régulièrement soumis à l'OFJ. Un état des lieux et une analyse des besoins sont en train d'être élaborés en lien avec les formations continues destinées aux professionnels ayant des contacts avec des personnes concernées par les MCFA. Une première séance du « Comité valorisation » a eu lieu début novembre (comité chargé de la haute direction du projet réunissant des représentants des victimes, des cantons, des institutions et des milieux académiques).

Perspectives 2025 : un vernissage public sur le nouveau média éducatif « Assistance et coercition » aura lieu le 23 janvier 2025 au Musée national suisse à Zurich (le programme et des informations complémentaires suivront). L'exposition itinérante débutera le 30 octobre 2025 au Musée Historique de Lausanne. Par la suite, elle fera des haltes dans toutes les régions de Suisse, et ce jusqu'au printemps 2028 : à Lucerne (Museum Luzern), à Schaffhouse (Museum zu Allerheiligen Schaffhausen), à Bellinzone (Castelgrande Bellinzona) et pour finir à Berne (Kornhausforum Bern). Par ailleurs, la plateforme web nationale sera mise en ligne en automne 2025.

4 Varia

Au cours de l'année prochaine, la commission se réunira à nouveau 4 fois (en février, mai, août et novembre). Les dates des séances seront fixées par sondage Doodle.

À venir : début 2025, la présidente élaborera, en collaboration avec le secrétariat, le rapport d'activité de la commission pour les années 2023 et 2024. Ce rapport sera soumis aux membres pour adoption lors de la prochaine séance.

La présidente remercie les membres de la commission pour leur engagement et leur participation active aux discussions et clôt la séance à 14h45.